

Sonderkapitel im ersten Jahreswirtschaftsbericht der Ampel-Regierung

Grüne Wohlfahrtsmessung

Der Club of Rome hat 1972 mit seinen „Grenzen des Wachstums“ wachgerütet. Ja, Ressourcen sind endlich, aber die daraus abgeleiteten Untergangsprognosen waren falsch. Ein funktionsfähiger Preismechanismus und offene Märkte entfalten die notwendige Innovationskraft, um aus einer Knappheitssituation herauszuhelfen. Wachstum ist notwendig, um sich Umweltschutz leisten zu können. Ökologen lernten auch, daß Eigentumsrechte für Umweltressourcen ähnlich dem jahrhundertalten Bodenrecht anwendbar sind. So sind handelbare CO₂-Emissionszertifikate heute EU-Normalität (JF 5/22).

Der erste Jahreswirtschaftsbericht der Ampel-Regierung läßt jedoch aufhorchen: „Nachhaltiges und inklusives Wachstum – Dimensionen der Wohlfahrt meßbar machen?“ lautet darin ein verändertes Sonderkapitel. Robert Habeck hielt es, wohl auch um des lieben Koalitionsfriedens willen mit der FDP, für opportunistisch, sein neu ausgerichtetes Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz um einige Glättungen zu bitten. Doch generell spricht das Kapitel auf zwölf Seiten nichts an, was nicht längst von Ökonomen gefordert wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein wichtiger Indikator zur Messung der Wirtschaftskraft eines Landes, der um weitere Wohlfahrtsindikatoren in der Aussagekraft zu ergänzen ist.

So schlägt auch die Wirtschaftsorganisation OECD weitere Meßziffern für Freizeit, Umwelt, Gesundheit, Rechtspflege und persönliche Sicherheit vor. Ins Auge fallen die Begriffe eines „nachhaltigen und inklusiven Wachstums“, bei denen es sich um interpretationsfähige „Wieselsprüche“ handelt. Sie deuten die Unterscheidung eines rein quantitativen Wachstums von dem eines – politisch erwünschten – qualitativen

Wachstums an. Als ob ein hoher Preis nicht gerade das Ergebnis einer entsprechenden Nachfrage wäre, die gerade eine hohe Qualität belohnt. Deshalb zeugt Habecks Kritik am BIP, „am Ende wächst die Wirtschaft auch, wenn wir Pyramiden bauen“, von mangelndem ökonomischem Grundverständnis. Denn eine Pyramide wäre hier nutzlos, daher unverkäuflich und insofern gar nicht erst produziert worden. Einer der etwa 30 ergänzenden Indikatoren nennt die „Überbelastung durch Wohnkosten“, wobei das politische Werturteil ganz offensichtlich durchklingt. Mögliche Ursachen wie mietpreistreibende Bauvorschriften oder ein Investoren abschreckender und entseignungsgleicher „Mietendeckel“ werden nicht genannt.

Auch bleiben einige Indikatoren beliebig. So die „frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger“, die höchstens über einen Haupt- oder Realschulabschluß verfügen, und mit 10,1 Prozent aller 18- bis 24jährigen angegeben werden. Wäre hier nicht die Quote von 5,9 Prozent derjenigen Jugendlichen ohne Schulabschluß wesentlich problematischer? Schließlich werden die „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“ ermittelt. Dies ist ein reines Input-Maß und sagt über den Erfolg von F&E nichts aus. Auch wird die Innovations-offenheit als Bedingung für eine nachhaltig-erfolgreiche Entwicklung nicht angesprochen, die gerade beim Klimaschutz dieser Regierung fehlt. „Es geht hier nicht um akademisches Trokenschwimmen“, so Habeck. Grundkenntnisse einer marktwirtschaftlichen Ordnung würden einem in Literaturwissenschaft promovierten Wirtschaftsminister jedoch gut anstehen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



von
Dirk Meyer

„Innovations-offenheit ist entscheidend für eine nachhaltig-erfolgreiche Wirtschafts-entwicklung.“

Die geldpolitische Wende der Fed und Skepsis bei Technologie-Aktien

Der Crash holt Tesla ein

Von Thomas Kirchner

Um die Inflation einzudämmen und die Wirtschaft nicht zu überhitzen, hat die US-Zentralbank Fed ihre Ankündigung bekräftigt, in diesem Jahr eine geldpolitische Wende einzuläuten und die Niedrigzinsen anzuheben. Das hat optimistische Börsenakteure kalt erwischt. Doch der langsame Crash des Technologiesektors begann schon vor fast einem Jahr. Der Technologie-Index Nasdaq schloß zwar 2021 mit 21,2 Prozent im Plus. Doch hinter den Kulissen verbarg sich Ungemach: Während Großkonzerne wie Apple und Facebook solide Gewinne einbringen, schreibt die Mehrzahl der kleinen und mittelgroßen Technologiefirmen Verluste (JF 3/22).

Solange sie Wachstum zeigten, legte der Aktienkurs zu. Doch seit dem GameStop-Debakel (JF 7/21) stehen Aktien von Firmen mit futuristischen Geschäftsmodellen wie Flugtaxi, Weltraumtourismus oder Genterapie unter Druck: Verluste fallen heute an, Gewinne vielleicht eines fernen Tages. Der Nasdaq-Anstieg geht daher zur Hälfte auf die sieben größten Firmen zurück; ein Fünftel der Aktien hatte Kursverluste, darunter sogar T-Mobile USA. Neuemissionen erlitten im Schnitt zehn Prozent

Verlust, SPAC (Börsenmantel für Firmenneugründungen; JF 10/21) seit ihrem Höchststand sogar 65 Prozent. Die Bewertungen im Technologiesektor sind aber weiter so hoch, daß die Kurskorrektur anhalten wird. Tesla zählte mit plus 50 Prozent zu den Nasdaq-Kurstreibern von 2021. Der E-Auto-Pionier lieferte 936.000 Fahrzeuge aus – 87 Prozent mehr als 2020. Das ist zwar nicht mal ein Elftel der Produktion von Weltmeister Toyota, doch die Japaner legten nur um 10,1 Prozent zu. Rivale VW lieferte lediglich 8,88 Millionen Autos aus (-4,5 Prozent).

Das Tesla-Ergebnis von 2,54 Dollar pro Aktie schlägt die Erwartungen. Allerdings rechteferrig es keinen fast 500mal so hohen Aktienkurs von 1.209 Dollar, dem Höchststand von November. Hätte Tesla die gleiche Bewertung wie Ford, läge der Aktienkurs bei 71 Dollar, noch niedriger bei einer Bewertung wie Porsche oder BMW. So denken wohl auch viele Anleger, insbesondere seit Elon Musk Aktien im Wert von zehn Milliarden Dollar verkaufte. Ende Januar handelt die Aktie deshalb rund ein Drittel unter dem Höchststand. Im April ist Musks Kapitalertragssteuer fällig. Es wird die höchste Steuerzahlung in der US-Geschichte.



Dachdecker bei der Arbeit: Sollen die grünen Klimastandards künftig durch drastische Gesetze statt üppiger Fördermittel erzwungen werden?

STEFAN KOFNER

Für die Wohnungswirtschaft und für viele private Bauherren war es zunächst ein gewaltiger Schock: Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) ist ohne Vorwarnung zum 24. Januar gestoppt worden. Angesichts eines ungedeckten Minus von 5,4 Milliarden Euro in seinem Fördertopf blieb dem grünen Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck aber wohl keine andere Wahl.

Der Antragsstopp gilt für die Neubauförderung ebenso wie für die energetische Sanierung von Gebäuden und er sollte eben auch rückwirkend für die 24.000 bereits bei der Förderbank KfW in der Kredit- oder Zuschußvariante gestellten, aber noch nicht bewilligten Anträge gelten. Wie zu erwarten, hagelte es Kritik von allen Seiten, besonders von den Immobilienverbänden. Es drohte ein gewaltiger Vertrauensschaden bei den Häuslebauern und Investoren, die die KfW-Mittel fest in ihre Finanzierung eingeplant hatten.

Schwere wohnungspolitische Zielkonflikte zeichneten sich deutlich ab: Geplante Bauvorhaben wären entweder gar nicht oder wegen erforderlicher Umplanungen nur mit erheblicher Verzögerung und dann mit höheren Mieten und/oder schlechterer Klimabilanz realisiert worden. Der Immobilienverband GdW schätzte, daß 200.000 Wohnungen ohne die Fördermilliarden nicht wie geplant hätten fertiggestellt werden können, darunter sehr viele Sozialwohnungen. In einem auch sonst schwierigen Baufeld hätte die Koalition ihr großspurig ausgegebenes Ziel von 400.000 Wohnungsfertigstellungen jährlich für dieses Jahr gleich wieder begraben können.

Eine Woche später reagierte die Bundesregierung auf den heftigen Proteststurm: Die bis 24. Januar gestellten Anträge sollen nun doch noch nach den ursprünglichen Regeln bearbeitet werden. Das fehlende Geld wird vermutlich aus den umgewidmeten 60 Milliarden Euro der Corona-Hilfen genommen. Wer seinen Antrag erst in der letzten Januarwoche stellen wollte, schaut trotzdem in die Röhre. Das Problem waren die über 20.000 bereits gestellten

Förderanträge für Neubauvorhaben nach dem weniger anspruchsvollen KfW-Effizienzhausstandard 55 (Gebäude mit einem um 45 Prozent geringeren Bedarf an Primärenergie als ein Referenzgebäude). Investoren mußten den gesetzlichen Neubaustandard nur um etwa 25 Prozent übertreffen, um diese Einstiegsförderung in Höhe von 18.000 Euro je Wohnung zu erhalten. Die Wohnungswirtschaft kombinierte diese niedrig hängenden Fördertrauben gerne renditestiegender mit Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung.

Die ganze Aufregung und das Hin und Her ist eine Fallstudie schlechten politischen Managements. Schon im Sommer 2021 hatte der damalige SPD-Finanzminister Olaf Scholz zusammen mit CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier das mittelfristige Aus für das KfW-55-Programm beschlossen, ohne das jedoch zu kommunizieren. Laut Spiegel zeichnete sich ab, daß das Geld nicht reichen würde: „Aber weder Scholz noch Altmaier wollten offensichtlich so kurz vor den Wahlen ein Förderprogramm zusammenstreichen, das sich so großer Beliebtheit in ihrer Kernwählerschaft erfreute.“

Zukünftige Ausrichtung der Ampel-Subventionspolitik noch unklar

Man ließ die Förderung weiterlaufen, aber mit einer Befristung bis Ende Januar, über die die potentiellen Antragsteller Anfang November informiert wurden. Und das war der entscheidende Fehler: Drei Monate Vorwarnzeit sind für die unternehmerische Wohnungswirtschaft mehr als genug Zeit, um noch sehr viele Förderanträge zu stellen. Dieses Restzeitfenster ohne Aussicht auf eine Anschlussförderung hat die Torschlußpanik und den Antragsboom ausgelöst, der schließlich den Haushaltsrahmen sprengte.

Der ganze Ansatz, durch üppig dotierte Förderprogramme die ständig steigenden technischen Anforderungen zu kompensieren, steht nun unter einem grünen Minister in Frage. Der 55er-Standard im Neubau soll zukünftig über das Gebäudeenergiegesetz (GEG) erzwungen werden, wobei das die Anreize für den Wohnungsneubau empfindlich dämpfen würde. Die Ampel-Regierung plant ein

vollkommen neues Fördersystem, das den Lebenszyklus von Immobilien, klimafreundliche Energiegewinnung und andere Faktoren berücksichtigt.

Dann wird die Regierung den Wählern die Rechnung für die globale Klimarettung im Gebäudereich präsentieren müssen. Es ist zwar nicht unmöglich, das magische wohnungspolitische Dreieck mit hohen Fertigstellungsziffern, erschwinglichen Mieten und höchsten Energiestandards gleichzeitig zu erreichen – aber nur wenige werden den hohen Preis dafür bezahlen wollen. Die Frage lautet nicht, wieviel Klimaschutz wir uns leisten wollen, sondern wieviel wir uns leisten können.

Der Koalitionsvertrag sieht eine Konzentration der Förderung auf den Bestand vor. Unter dem Gesichtspunkt der CO₂-Effizienz könnte man die Förderung im Neubaubereich auch gleich ganz einstellen. Aber das wirkt sich wiederum negativ auf die Bauaktivität und die Neubaumieten aus, wenn weiter hohe energetische Standards regulatorisch erzwungen werden sollen. Bei der Gebäudesanierung ist bis auf weiteres eine Konzentration auf effektive Einzelmaßnahmen sinnvoll, denn auch hier gilt das Prinzip des abnehmenden Grenznutzens. Wenn wir die Millionen alten Gas- und Ölheizungen gegen hybride Heiztechnik (Gasbrennwertgerät kombiniert mit Wärmepumpe/Solaranlage) austauschen und zusätzlich einen hydraulischen Abgleich durchführen, dann hat das bereits einen sehr großen Effekt auf die CO₂-Bilanz des Gebäudesektors. 54.000 Euro Fördermittel für die Sanierung einer Altbauwohnung auf den KfW-Standard 40 aufzuwenden, ist dagegen die reinste Mittelverschwendung.

Es bleibt noch die ketzerische Frage, ob das jetzt überhaupt die rechte Zeit für eine massive Wohnungsbauförderung ist. Ob man nun Sozialwohnungen oder Energieeffizienz fördert – immer mehr stößt man an die Grenzen durch die Decke schießender Bau- und Bodenpreise und angespannter Baukapazitäten. Aber kompromißloser Klimaschutz im Panikmodus verträgt sich wohl kaum mit dem Warten auf bessere Zeiten.

Bundesförderung für effiziente Gebäude:
► bafa.de/DE/Energie/Effiziente_Gebäude/
effiziente_gebaeude_node.html



Ernst Niekisch – Widerstand gegen den Westen

von Uwe Sauermann
ISBN 978-3-938176-81-8
464 Seiten, gebunden,
fester Einband
24,80 €
Bestellen Sie unter:
www.lindenbaum-verlag.de

Ernst Niekisch (1889–1967) war ein politischer Denker und faszinierender Autor, dessen Widerstandsdanken, eine Synthese von revolutionärem Sozialismus und preußischem Staatsdenken, ihn in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus brachte. 1937 wurde er verhaftet und 1939 wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt.

Warum dieser Nationalist und zugleich Antifaschist mit Hitlers Nationalsozialismus kollidieren musste und heute wieder Interesse verdient, geht aus diesem Buch hervor.

Niekisch sah nur im Ausgleich und in einem Bündnis mit Rußland die Chance, Deutschlands Machtstellung zu behaupten. Sebastian Haffner erkannte in ihm den Theoretiker der zukünftigen Weltrevolution des Nationalen.

KEINE EINSPESIVERGÜTUNG MEHR –
UND JETZT?
Photovoltaikanlagen effizient nutzen –
auch nach Ende der EEG-Förderung
Burhop Photovoltaik ☎ 09429 949 9590

HOHE ERTRÄGE OHNE KAPITALRISIKO
Softwarefirma bietet stille Beteiligung
ab 100.000,- Euro an unfehlbarer
Börsenhandel - Gewinntechnologie mit
Kapitalabsicherung auf Immobilie.
0 27 41 - 99 101 55 • twindex@web.de

Wendelin Schlosser
„Kulturrevolution -
Hass auf das Normale“
Die Deutschen kommen nicht mit Selbsthass zur
Welt, sondern sie werden von Hasspredigern zum
Selbsthass erzogen. Die vom Selbsthass zerrissenen
Deutschen marschieren mit gefalteten Händen und
geschlossenen Goschen dem Abgrund entgegen.
ISBN 978-3-8372-2443-6
2021, 262 S., 19,80 €
August von Goethe Literaturverlag

B M V
Berliner Medienvertrieb
Print und Online

KLEINE DINGE MIT GROSSER WIRKUNG

Kleinanzeigen in der JF • Herr Beck
beck@berliner-medienvertrieb.de
Telefon 030 - 86 49 53 - 67